

# Parlamentssitzung 9. März 2020

## Erklärung der AW / Bigi Obrist

---

Geschätzte Parlamentarierinnen, Parlamentarier

Wären in der letzten Zeit nicht immer wieder mal unsachliche Schubladisierungen an unsere Seite gerichtet worden, würden wir von der AW diese Erklärung nicht machen.

Ihr erinnert euch ja bestimmt, als Sozialisten wurden wir bezeichnet, wenn wir absolut legitime und zeitgemässe Anliegen formulieren wie eine Solaranlage auf dem städtischen Werkhof. Oder wir werden in einen Topf mit Planwirtschaft geworfen, wenn wir anregen, dass die Stadt bezüglich Baum- und biodiverse Bepflanzungen mit guten Vorbild vorausgehen soll - auf ihren eigenen Grundstücken notabene.

Wir haben uns gefragt, 1. was heisst eigentlich Planwirtschaft? und 2. was wäre denn das Gegenteil davon? Etwa eine planlose Wirtschaft?

Die Planwirtschaft meint die sozialistische oder kommunistische Wirtschaftsordnung mit einer zentralistischen Planung der Volkswirtschaft. Diese hat mit dem Fall der Mauer ihr Ende gefunden. Das war vor 30 Jahren. Damals gewann gewissermassen der Kapitalismus über den Sozialismus. In der Zeit vorher, also während dem sogenannten kalten Krieges, war wenigstens ansatzweise immer - auch für die Bürgerlichen - handlungsleitend, einen Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen Kapital und Arbeit herzustellen. Natürlich nicht aus lauter Menschenfreundlichkeit, sondern auch, weil man befürchtete, sonst dem Sozialismus in die Hände zu spielen.

Nach dem Fall der Mauer dann begann der Feldzug des Kapital erst so richtig. Wir erinnern uns an die Shareholder-Values-Machenschaften der 90er Jahre, an die, leider immer noch real existierenden exorbitanten Boni für Manager, an die Megafusionen, die immer mit Kündigungen von tausenden ArbeitnehmerInnen verbunden waren. Wir erinnern uns, dass genau diese ArbeiterInnen nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenentschädigung, erst zu SozialhilfebezügerInnen, dann zu IV-Fällen und schliesslich umgehend als Sozialschmarotzer verunglimpft worden sind.

Kurz: Die Gewinne wurden privatisiert und die Verluste verstaatlicht. Das Loblied der freien unregulierten Marktwirtschaft wurde gesungen, von Landwirtschaft bis Medizin wurde alles dem Gewinn unterworfen. Und den VerliererInnen oder Bedürftigen wird mit einer ätzenden Verachtung oder im besten Fall mit einem geschmäckerischen Paternalismus begegnet.

Damit verbunden ist oft eine unsäglichen Arroganz der Mächtigen, der Mehrheit. Und mit einem durchaus sektiererisch anmutende Glauben an den alleinseligmachenden Markt, wird dann eben in diesem Parlament der Minderheit eine sozialistische oder gar kommunistische Gesinnung unterstellt.

Dabei wäre es die Aufgabe dieses Parlamentes, gute Lösungen für alle zu finden, den Ausgleich zu suchen, in die Zukunft zu denken. Stattdessen werden dreissig Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks noch immer die Uralt-Traumata der Konservativen vor dem bösen Kommunisten bemüht. Die Geschichte hat es uns doch gelehrt: Wenn Minderheiten nicht eingebunden werden, dann gewinnt am Ende niemand - sowieso nicht auf längere Zeit. Das ist es, was die grossen alten Liberalen vor dem Fall der Mauer gewusst und berücksichtigt hatten.

In den Köpfen der Neuliberalen scheint heute aber alles gut zu sein. Der Kapitalismus hat gewonnen. Wäre da nicht ein winzig kleiner Virus, der gerade Einzug hält in die Welt. Und was passiert? Die Börsen crashen, die Entwertung der Liegenschaften wird vorausgesagt und damit steht einmal mehr mit grosser Wahrscheinlichkeit der Umwandlungssatz unserer Renten zur Disposition. Ein kleiner Virus

bringt die vermeintliche superdurchdachte und einzig beste Marktwirtschaft mit einem lauen Lüftchen bis in die Grundfesten ins Wanken. Und sofort wird selbstverständlich auch nach staatlichen Konjunkturprogrammen und Entschädigungen gerufen. Wieder einmal heisst es: Die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren.

Lange Rede kurzer Sinn: Wir wünschen uns, dass die Politik wenigstens in diesem Parlament weniger durch die Dogmen von rechts und links geprägt ist, sondern dass wir in einem guten Dialog gute und sozial, ökonomisch, ökologisch und kulturell nachhaltige Lösungen finden.

Besten Dank für eure Aufmerksamkeit